

Deutsche Gesellschaft Sektion für Soziologie Bildung und Erziehung

Bericht über die Herbsttagung der Sektion „Bildung und Erziehung“ der DGS vom 4./5. November 2011 an der Pädagogischen Hochschule FHNW in Basel

Sandra Da Rin, Rebekka Sagelsdorff, Lorraine Birr, Regina Scherrer

Die Herbsttagung der Sektion „Bildung und Erziehung“ der DGS zum Thema „Berufliche Bildung im Umbruch – der Beitrag der soziologischen Berufsbildungsforschung zu einer Berufsbildung der Zukunft“ setzte sich zum Ziel, Stand und Perspektiven der gegenwärtigen Berufsbildung insbesondere in den Ländern Deutschland, Schweiz und Österreich aus einer soziologischen Perspektive zu fokussieren. Das Programm war in fünf thematische Zugänge strukturiert:

- Thema I „Bildungslaufbahnen – Transitionsprozesse“ fokussierte die Bildungswege der Individuen und die Übergänge in die Berufsbildung unter (berufs-)biografischen, sozialisationstheoretischen und ungleichheitssoziologischen Aspekten.
- Thema II „Organisationsformen und Sozialisationskontexte der beruflichen Bildung“ befasste sich einerseits mit den Organisationsformen beruflicher Bildung und deren Funktionieren, andererseits mit den Professionsverständnissen von schulischen und beruflichen Ausbilder/innen.
- Thema III „Institutionelle Voraussetzungen, Akteure, Mechanismen und Ergebnisse von Reformen“ untersuchte den institutionellen Wandel im Berufsbildungssystem, dessen historische, institutionelle und internationale Voraussetzungen und Entwicklungen sowie daran anschließende Steuerungsfragen.
- Thema IV „Zum (sich verändernden) Verhältnis von Berufsbildung und Allgemeinbildung“ analysierte das Verhältnis des berufsbildenden zum allgemeinbildenden Ausbildungssystem, die damit verbundenen institutionellen Veränderungen in den Laufbahnen, Berufskonzeptionen und Berufsidentitäten.
- Thema V „Verhältnis Bildung – Beruf – Beschäftigung“ beschäftigte sich mit Fragen der Koppelung von Bildungs-, Berufsbildungs- und Beschäftigungssystem und den sich daraus ergebenden Übergangsproblematiken.

Regula Julia Leemann (Basel) eröffnete die Tagung mit einer Begrüßung der Teilnehmenden und einer kurzen Einführung. Das anschließende Kurzreferat von *Sandra Hafner* und *Christian Imdorf* (Basel) „Berufsbildungsforschung in soziologischen Zeitschriften“ zeigte, dass das Thema Berufs(aus)bildungsforschung in den letzten 25 Jahren in deutschsprachigen soziologischen Zeitschriften ein eher marginales Thema war. In der von ihnen durchgeführten quantitativen Inhaltsanalyse von acht Journals waren nur 1,2 Prozent aller zwischen 1985 und 2010 erschienenen Artikel dem Thema der Berufs(aus)bildung gewidmet.

Thematisch eingeleitet und umrahmt wurde die Tagung mit dem Beitrag von *Heike Solga* (Berlin) „Berufliche Bildung im Umbruch – Aus der Sicht der soziologischen Berufsbildungsforschung“. Die Gastrednerin stellte in einem ersten Schritt wichtige theoretische und konzeptionelle Perspektiven der soziologischen Berufsbildungsforschung vor. Anschließend verwies sie auf zentrale gesellschaftliche Herausforderungen für das Berufsbildungssystem. Dazu zählte sie mit Blick auf die sinkenden Schülerzahlen demografische Veränderungen, daraus erwachsende regionale Ungleichheiten und eine zunehmende Konkurrenz zwischen Berufsbildungs- und Hochschulsystem. Im Weiteren bezog sie wirtschaftliche Entwicklungen in ihre Überlegungen ein, insbesondere die weiter fortschreitende Tertiarisierung und daraus sich ergebende Fragen nach den sinnvollen Wissenskonzepten.

tionen der Berufe und den Berufskonzeptionen. Weitere Herausforderungen sah die Rednerin in den Anforderungen an lebenslanges Lernen, in der Migration nach Deutschland und der Abwanderung Hochqualifizierter sowie in der zunehmenden Bedeutung europäischer und internationaler Entwicklungen. Abschließend formulierte sie die sich aus diesen Entwicklungen ergebenden wichtigen Forschungsfragen und forderte die soziologische Berufsbildungsforschung auf, ihr Potenzial besser zu zeigen.

Im Anschluss folgten zwei parallele Blöcke mit sechs Referaten zum Thema I. *Verena Eberhard* (Bonn) untersuchte in ihrem Beitrag „Sortierlogiken beim Zugang in eine betriebliche und außerbetriebliche Ausbildung unter besonderer Berücksichtigung regionaler berufsspezifischer Märkte“. Sie ging von der Annahme aus, dass die Bedeutung übergangsrelevanter Ressourcen auf Seiten der Jugendlichen abhängig ist von den spezifischen institutionellen Rahmenbedingungen der jeweiligen Ausbildungsform. Anhand einer repräsentativen Befragung Jugendlicher aus dem Jahr 2008 gelangte sie zu dem Ergebnis, dass sich die Sortierlogiken betrieblicher und außerbetrieblicher Ausbildungsformen nicht nur deutlich voneinander unterscheiden, sondern teilweise sogar als einander entgegengesetzt erscheinen. Unter Berücksichtigung regionalisierter berufsspezifischer Ausbildungsmärkte widerlegte Verena Eberhard zudem die verbreitete Annahme, schlechtere Übergangschancen von Frauen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund seien mit deren vergleichsweise starker Konzentration auf besonderen berufsspezifischen Märkten zu erklären, für die lange Warteschlangen typisch seien.

Gabriele Höhns (Bonn) stellte in ihrem Referat „Übergänge an der zweiten Schwelle – Fakten und theoretische Erklärungsversuche“ in einem ersten Schritt aufgrund einer quantitativen Untersuchung von Ausbildungsabgängern drei Jahre nach Ausbildungsabschluss mittels der Optimal-Matching-Methode eine Typologie der Erwerbsintegration vor, welche sich an R. Castells „Zonen der beruflichen Integration durch Erwerbsarbeit“ orientierte. Eine vertiefende qualitative Studie einer Problemgruppe von jungen Erwachsenen zeigte in einem zweiten Schritt auf, welche Lernerfahrungen in betrieblichen Ausbildungen auch in „ausbildungsfremder Erwerbstätigkeit“ noch von Nutzen sind. Die Frage der Bewältigung des Übergangs vom Ausbildungs- ins Erwerbssystem unter dem Blickwinkel einer kulturellen Reproduktion von Ungleichheit führte die Referentin in einem dritten Schritt zu einer intensiven Auseinandersetzung mit B. Bernsteins theoretischem Konzept der „Klassifikation und Rahmung“. Ihre Thesen zeigten, dass dieser theoretische Zugang auch für die Berufsbildungsforschung viel unausgeschöpftes Potenzial enthält.

Ausgangspunkt des Beitrages „Informelle Kompetenzen und der Übertritt in die nachobligatorische Ausbildung in der Schweiz“ von *Sybille Bayard* (Zürich) war der Befund, dass rund ein Viertel aller Jugendlichen in der Schweiz – insbesondere Frauen sowie Jugendliche aus unterprivilegierten sozialen Schichten bzw. mit Migrationshintergrund – den Übertritt an der ersten Schwelle erst über den Umweg einer sogenannten „Zwischenlösung“ (Übergangssystem) meistern. Anhand empirischer Daten einer repräsentativen Längsschnittstudie untersuchte sie die Bedeutung von Einschätzungen nichtkognitiver Kompetenz Jugendlicher (aus ihrer eigenen sowie aus der Perspektive ihrer Eltern und Lehrpersonen) für deren Übertritt in eine nachobligatorische Ausbildung. Die Forscherin verdeutlichte anhand ihrer Ergebnisse, dass die Kompetenzeinschätzungen Jugendlicher beträchtlich variieren und den Übertritt in eine nachobligatorische Ausbildung jeweils auf sehr spezifische Weise beeinflussen können.

Mona Granato und *Joachim Gerd Ulrich* (Bonn) gingen der Frage nach, wie sich Migrationshintergrund und soziale Herkunft auf die Bedingungen zu Beginn der Ausbildung, den Ausbildungsverlauf und den Ausbildungserfolg junger Menschen auswirken. Ein besonderes Augenmerk galt der Frage, inwieweit die berufliche Ausbildung zum Abbau oder zur Vertiefung sozial und ethnisch bedingter Bildungsungleichheit beiträgt. Ihre Untersuchungen zeigten, dass die Verwerfungen, die für Jugendliche mit Migrationshintergrund beim Eintritt in eine berufliche Ausbildung entstehen, im Ausbildungsverlauf nicht kompensiert werden. Andererseits trägt der Verlauf der Berufsausbildung für diejenigen Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die eine berufliche Ausbildung fanden –

unter Kontrolle der ungünstigeren Rahmenbedingungen zu Beginn der Ausbildung – nicht zu einer zusätzlichen Vertiefung von Ungleichheit bei.

Mit ihrem Beitrag „Wie wirkt sich das Übergangssystem auf Mechanismen sozialer Ungleichheit aus? Analysen am Beispiel Hessens“ konnte *Rabea Krätschmer-Hahn* (Frankfurt am Main) zeigen, dass Region ein ungleichheitswirksames Merkmal im Kontext des Übergangssystems ist (Datengrundlage: iABE, BIBB-Übergangsstudie, INKAR). Zum einen analysierte sie, wie sich der „Bedarf“ an Plätzen im Übergangssystem – gemessen an der parallelen Entwicklung in der dualen Ausbildung und dem Schulberufssystem – gestaltet und welche Jugendlichen sich im Übergangsbereich befinden. Zum anderen untersuchte sie, welche Übergangschancen Jugendliche aus dem Übergangssystem in den Ausbildungsmarkt haben. Diese regionalen Disparitäten verweisen darauf, dass regionalspezifische Forschungen zu vertiefen und politische Reformdebatten (zum Übergangssystem) auf Länder- oder gar Bundesebene zu problematisieren sind.

Hidayet Tuncer und *Igor Osipov* (Duisburg-Essen) untersuchten „Bildungs- und Berufsbiographien von bildungsfernen Jugendlichen – Zwischen Fragmentierung und institutioneller Diskriminierung“. Auf der Grundlage von quantitativem und qualitativem Datenmaterial aus dem Projekt „Handlungs- und Bildungskompetenzen funktionaler Analphabeten“ gingen sie der Frage nach, inwiefern die individuell unterschiedliche Ressourcenausstattung der Jugendlichen (u.a. schul- und lernrelevante Einstellungs- und Motivationsmuster sowie Rechtschreibkompetenzen) ihr Vorankommen im Bildungs- und Übergangssystem mitbestimmt und sich auf die berufliche Chancensstruktur auswirkt. Gleichzeitig untersuchten sie, wie die beruflichen Chancen von Jugendlichen durch institutionelle Handlungsmuster in Bildungseinrichtungen vorstrukturiert werden. Eine ihrer Schlussfolgerungen lautet: die in öffentlichen Diskursen oft angesprochenen schulischen Kompetenzen (z.B. Rechtschreibung) der Jugendlichen spielen beim Übergang der befragten Förder- und Hauptschüler/innen eine untergeordnete Rolle.

Nach der Pause folgten vier Referate zum Thema II. *Simone Haasler* (Bremen) knüpfte in ihrem Beitrag „Zum Wandel des Rollenverständnisses von Lehrern und Ausbildern in der beruflichen Bildung“ an eine Reihe europäischer Studien und Initiativen der letzten Jahre an, die den Rollenwandel als Folge der Etablierung wissensbasierter Ökonomien und hieraus erwachsender neuer Kompetenz- und Qualifikationsanforderungen diskutieren. Zusätzlich wurden Daten einer 2009 durchgeführten qualitativen Untersuchung mit Berufsschullehrern, Aus- und Weiterbildnern sowie Experten aus Deutschland beigezogen. In Bezug auf das berufliche Rollenverständnis zeigt sich eine Verschiebung des beruflichen Selbstverständnisses vom Fachexperten und Anleiter hin zum Lernbegleiter, Lernberater, Moderator oder persönlichem Mentor. Dieser Wandel wird maßgeblich durch eine zunehmend heterogenere Schülerklientel sowie neue Lehr- und Lernmethoden hervorgerufen. Inwieweit dies zu einem Konflikt mit der beruflichen Identität als Fachexperte führt, ist derzeit eine offene Frage.

Ebenfalls mit dem „beruflichen Selbstverständnis von betrieblichen Ausbilderinnen und Ausbildern“ befasste sich *Anke Bahl* (Bonn), und zwar „im Kontext unterschiedlicher Unternehmenskulturen“. Sie analysierte unterschiedliche theoretische Ansätze zum Verständnis des beruflichen Selbstkonzeptes von Ausbildungspersonen auf ihre Aktualität und Brauchbarkeit für heutige Selbstbeschreibungen von haupt- und vor allem nebenberuflichen Ausbilder/innen unterschiedlicher Branchen und Ausbildungsgänge und entwickelte diese Ansätze weiter. Die Datengrundlage bildeten Interviews aus einem laufenden BIBB-Projekt zur Situation des ausbildenden Personals in der betrieblichen Bildung. Im Projekt wird der organisationale Kontext als Ganzes in den Blick genommen und ein Fallstudienansatz verfolgt. Die bisherigen Ergebnisse zeigen, dass allseits gestiegene Produktivitäts- und Rentabilitätsanforderungen die Ausbilder/innen je nach Unternehmenskultur unterschiedlich unter Druck setzen oder ihre Rolle ganz in Frage stellen.

Da die Soziologie der Konventionen den theoretischen Hintergrund von zwei hintereinander folgenden Beiträgen bildete, stellten *Christian Imdorf* und *Lorraine Birr* (Basel) diesen Ansatz in einem ersten Schritt vor. Anschließend ging Christian Imdorf in seinem Vortrag „Geschlecht als organisatorische Ressource bei der Selektion von Auszubildenden: Autoreparaturbetriebe und kauf-

männlicher Bereich im Vergleich“ der Frage nach, aus welchen betrieblichen Beweggründen sich Ausbildungsbetriebe für oder gegen weibliche bzw. männliche Auszubildende entscheiden. Interviews mit Verantwortlichen in 41 Deutschschweizer Betrieben wurden mittels Argumentationsanalyse ausgewertet. Während im kaufmännischen Gewerbe mit dem Geschlecht kaum ein Störungspotenzial der betrieblichen Kultur assoziiert wird, erwarteten einige Betriebe im Auto-reparaturgewerbe eine Störung der männlichen Belegschaftskultur durch weibliche Auszubildende. Für die Handlungspraxis resultiert daraus: Eine der Ausbildung vorgelagerte Orientierung von Schülerinnen auf männertypische Berufe genügt nicht, um die Geschlechtersegregation zu reduzieren. Betriebliche Selektionsprozesse verursachen die Geschlechtersegregation mit.

Regula Julia Leemann, Nicolette Seiterle, Rebekka Sagelsdorff und Sandra Da Rin (Basel) stellten in ihrem Beitrag „Funktionieren von Lehrbetriebsverbänden (LBV) – einer neuen Organisationsform beruflicher Bildung“ Ergebnisse des mit Christian Imdorf und Lorraine Birr gemeinsam durchgeführten Forschungsprojektes vor. In LBV (Ausbildungsverbänden) schließen sich mehrere Betriebe zusammen, um Lernende auszubilden. Die sogenannte Leitorganisation rekrutiert und betreut die Auszubildenden, die zwischen den Betrieben rotieren. Wie gelingt die Handlungskoordination in dieser komplexen Organisation, in der die Akteur/innen von unterschiedlichen Ausgangslagen und Motiven geleitet werden? Nebst Expert/inneninterviews werden Feldbegehungen und Dokumentenanalysen durchgeführt. Das Forschungsteam konnte in ersten Ergebnissen zeigen, dass die Handlungsanforderungen in staatlich initiierten LBV im Vergleich zu privatwirtschaftlich initiierten LBV komplexer und konflikthanfälliger sind, da sie ihre Aufgabe nicht nur darin sehen, branchen- bzw. berufsspezifischen Nachwuchs auszubilden, sondern auch darin, (auf dem Lehrstellenmarkt benachteiligte) Jugendliche in die Arbeitswelt und die Gesellschaft zu integrieren.

Der Folgetag wurde durch den Gastredner *Martin Baethge* (Göttingen) eingeleitet, der zum Thema „Institutionelle Ordnungen als Steuerungsinstanzen von Bildungsforschung – das Beispiel der Berufsausbildung in Deutschland“ referierte. Kritisch stellte er die Frage, ob sich die soziologische Berufsbildungsforschung aufgrund endogener Kategorien und Fragestellungen entwickelt, oder ob nicht vielmehr exogene Einflüsse und Problemdefinitionen eine gewichtige(re) Rolle spielten. Er erläuterte die These, dass die institutionelle Ordnung der deutschen Berufsausbildung (Leitbild Beruflichkeit, Schisma zwischen Allgemeinbildung und Berufsbildung) sich lange Zeit als Barriere für die Forschung erwiesen und in ein Schisma in der Bildungs- und Berufsbildungsforschung gemündet hat, das bis heute wirkt: Auf der einen Seite universitäre Forschung, grundlagen- und theorieorientiert, kaum im Einflussbereich von praktischen Interessen, an wissenschaftlichen Standards ausgerichtet, welche sich vor allem der Allgemein- und Fachausbildung widmet. Auf der anderen Seite außeruniversitäre, sogenannte angewandte Forschung, unter großem Einfluss der Anspruchsgruppen der Berufsbildung stehend, welche sich auf die berufspraktische Bildung konzentriert. Dieses Schisma und die damit einhergehende Vereinseitigung und Pragmatisierung der Berufsbildungsforschung seien verantwortlich für die markanten Widerstände und die Kritik am neuen Paradigma der Kompetenz und Kompetenzmessungen von Seiten der Stakeholder in der Berufsbildung.

Im Anschluss fanden wiederum parallele Workshops zu den Themen III und IV statt. *Henrik Schwarz* und *Markus Bretschneider* (Bonn) stellten zum Thema 3 in ihrem Referat „Verflatterung der Berufsbildung? Strukturierung anerkannter Ausbildungsberufe im dualen System“ ein Forschungsprojekt vor, das am BIBB in Vorbereitung ist. Ausbildungsberufe sind das Ergebnis sozialer Aushandlungsprozesse, in denen unterschiedliche Interessen miteinander konkurrieren. An der Nahtstelle zwischen Bildungs- und Beschäftigungssystem erfüllen sie ökonomische sowie sozialintegrative Funktionen. Gemäß den Vortragenden sei eine kritische und systematische (Neu-)Betrachtung der Strukturierungsformen von Ausbildungsberufen und ihrer Begründungen notwendig. Denn die Entwicklung seit Mitte der 1990er Jahre brachte neue Strukturelemente zur Binnendifferenzierung von Berufen hervor, welche noch wenig erforscht seien. Die zentrale Forschungsfrage des geplanten Projekts lautet: Werden die durch unterschiedliche Strukturierung der Ausbildungsberufe intendierten Ziele in der Praxis erreicht? Die Ergebnisse der geplanten Untersuchung sollen in die Entwicklung transparenter Entscheidungskriterien und -prozesse einfließen, um einen

Beitrag zur Professionalisierung und Qualitätssicherung in Neuordnungsverfahren von Ausbildungsberufen zu leisten.

Unter dem Titel „‘Gekommen um zu bleiben‘ – Die Genese des Übergangssystems im Spiegel der Bildungspolitik“ stellte *Tobias Brändle* (Münster) Auszüge aus seinem Dissertationsprojekt vor. Anhand einer Dokumentenanalyse unter anderem von Veröffentlichungen des Deutschen Ausschusses, des Deutschen Bildungsrats, der Kultusministerkonferenz und der Bund-Länder-Konferenz zeichnete er die historischen Voraussetzungen und Entwicklungen des Übergangssystems ab den 1960er Jahren bis heute nach. Diese Perspektive ermöglichte es ihm, latente soziale Interessen der jeweiligen Akteure aufzudecken sowie Brüche und Kontinuitäten in der Genese des Übergangssystems zu erkennen. Beispiele solcher Brüche sind das Scheitern der Idee der Vereinheitlichung der berufsvorbereitenden Angebote oder der Herstellung von Gleichwertigkeit von allgemeiner und beruflicher Bildung, während das Bildungs-Schisma, der Ausbau von Kooperationen mit privatwirtschaftlichen Akteuren und der Trend zur Individualisierung von Problemlagen drei wichtige Kontinuitätslinien darstellen.

Justin Powell, Nadine Bernhard und Lukas Graf (Berlin) beschäftigten sich in ihrem Vortrag mit der Frage, auf welchen zentralen Vorstellungen das im Bologna-Prozess und Kopenhagen-Prozess verbreitete europäische Bildungsmodell basiert. Hierfür analysierten sie europäische Dokumente (1998-2010) danach, welche Ideale und Ziele, Legitimationen und Standards sowie Normen und Regelungen sie beinhalten. Zentrale Elemente sind zum einen die Vision von sachkundigen und eigenverantwortlichen Individuen, die bereit sind, sich ständig weiterzubilden und sich an wandelnde Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt selbstständig anpassen; zum anderen die Forderung nach einer Reform europäischer Hochschul- und Berufsbildung nach Vorlage des europäischen Modells. Europäische Prozesse stellen neue Formen der Governance dar, indem sie überwiegend kulturell-kognitive und normative, nicht zwanghafte Mechanismen (z.B. Benchmarking und Rankings) nutzen. Die Referierenden kamen zum Ergebnis, dass das europäische Modell eine Bricolage aus den historisch einflussreichen nationalen Bildungsmodellen (DE, FR, GB und US) sei.

In seinem Beitrag „Die Hunde bellen, die Karawane zieht weiter... Wandel und Reform in der österreichischen Berufsbildung“ gab *Lorenz Lassnigg* (Wien) einen Einblick in die historische Herausbildung und zeitgenössische Entwicklung der österreichischen Berufsbildung. Das österreichische System zeichnet sich durch einige Besonderheiten aus: Es handelt sich um einen Hybrid aus einer Lehrlingsausbildung nach dem Muster des deutschen dualen Systems einerseits und einer schulischen Berufsbildung nach dem französischen Vorbild andererseits, welche sich lange Zeit mehr oder weniger unabhängig voneinander entwickelt haben. Die Lehrlingsausbildung bedient vorwiegend Kleinbetriebe, während die schulische Berufsbildung mit größeren industriellen Betrieben verbunden ist. Diese beiden Bildungssektoren werden in zwei getrennten Governance-Systemen mit unterschiedlichen Ressortzuständigkeiten und geringen Überschneidungen reguliert, weshalb eine politische Gesamtsteuerung der Berufsbildung nicht möglich ist. Dies führt v.a. im Kontext des demografischen Wandels zu zunehmenden Reibungsflächen.

Esther Berner, Philipp Gonon und Hans-Jakob Ritter (Zürich) stellten unter dem Titel „Pfadabhängige Entwicklungen – Kantonale und nationale Reformen der Berufsbildung in der Schweiz“ Ergebnisse aus einem laufenden Forschungsprojekt vor. Sie lenkten den Blick auf die Phase der Entstehung des schweizerischen Berufsbildungssystems und zeigten auf, wie spezifische kantonale bzw. sprachregionale Voraussetzungen die berufsbildungspolitischen Debatten und Reformen auch über sich ändernde Kontexte hinweg wesentlich prägten. Die Genese der schweizerischen Berufsbildung lässt sich auf diese Weise als graduelle Angleichung der unterschiedlichen kantonalen Systeme rekonstruieren. Die Berufsbildung gilt zwar als bundesstaatliche Aufgabe, das Berufsbildungsgesetz ist jedoch bloß ein Rahmengesetz mit hohem Allgemeingrad, während der Gesetzesvollzug den Kantonen unterliegt („Vollzugsföderalismus“). Das Fallbeispiel der Bildungsreformen im Kanton Neuenburg veranschaulichte, dass sich institutioneller Wandel in der Berufsbildung vor allem auf der Ebene der Kantone vollzieht.

„Vielfalt statt Verdrängung. Zur Entwicklung der beruflich-betrieblichen Bildung in wachsenden Beschäftigungsbereichen“ war das Thema von *Agnes Dietzen* und *Tom Wünsche* (Bonn). Mit Daten einer BIBB-Studie (Experten- und Betriebsbefragungen) konnten sie zeigen, dass Konkurrenzbeziehungen zwischen betrieblich und hochschulisch ausgebildeten Fachkräften in einzelnen Tätigkeitsfeldern insbesondere auf der höheren mittleren Qualifikationsebene identifizierbar sind, aber keineswegs breitflächig existieren. Beide Bildungshintergründe werden von den Unternehmen eher als komplementär gesehen. Branchen- und betriebsübergreifend sind Kompetenzprofile von hoher Bedeutung, die eine Verbindung von betrieblich-beruflichem Erfahrungswissen mit theoretisch-systematischem Wissen darstellen. Strategien, die auf einer internen Bedarfsdeckung beruhen, haben daher eine sehr hohe Bedeutung in den Unternehmen. Bislang lassen sich deshalb kaum Verdrängungsphänomene identifizieren. Offen bleibt jedoch, wie sich die Strukturen bei erhöhtem Angebot hochschulischer Abschlüsse auf dem Arbeitsmarkt entwickeln.

Ausgangspunkt des Beitrages von *Rainer Brötz* und *Franz Kaiser* (Bonn) zum Thema „Kaufmännische Identität im Wandel? Aktuelle Herausforderungen der kaufmännischen Ausbildung“ war die Vernachlässigung des Berufsbildungssystems in der aktuellen Debatte darüber, wie dem drohenden Fachkräftemangel in Deutschland begegnet werden kann. Dem gegenüber argumentierten sie, dass das deutsche Berufsbildungssystem bezüglich dem Wandel der Unternehmen einerseits sowie bezüglich der Herausbildung einer kohärenten Identität und beruflichen Biografie der Beschäftigten andererseits eine tragende Rolle spiele. Dies legten sie am Beispiel gegenwärtiger Veränderungen im Tätigkeitsprofil von Kaufleuten sowie deren Einfluss auf die berufliche Identität der Beschäftigten dar und zeigten darüber hinaus mögliche Konsequenzen für bestehende Ausbildungsordnungen auf. Grundlage der Untersuchung waren historische und soziologische Literaturstudien und Analysen aktueller Aus- und Fortbildungsordnungen.

Die zentrale Forschungsfrage von *Sophie Müller* (Bamberg) lautete: Beeinflusst die Bildungsgeschichte das Risiko, ein Studium abzubrechen und welche Bedeutung haben unterschiedliche Zugangswege für die soziale Selektivität im Studienabbruch? Sie fokussierte drei zentrale Mechanismen – Sozialisation, Selektion, Arbeitsmarktchancen – sowie ihre jeweiligen Effekte auf einen Studienabbruch. Als Datengrundlagen dienten Retrospektivdaten der Teilstudie „Bildung im Erwachsenenalter und lebenslanges Lernen“ des Nationalen Bildungspanels (NEPS). Die Befunde sprechen deutlich für die Sozialisationshypothese: Der akademische Pfad (via Gymnasium) mit dem Bildungsziel eines Hochschulabschlusses verringert das Studienabbruchrisiko markant. Die besseren Arbeitsmarktchancen von Studierenden mit beruflichem Ausbildungsabschluss gehen wie erwartet mit einem erhöhten Studienabbruchrisiko einher.

Thema V mit zwei Beiträgen bildete den letzten thematischen Block. In ihrem Vortrag „Strukturwandel und Übergangschancen von der Schule in die berufliche Ausbildung – Übergänge an der ‚ersten Schwelle‘ im Kohortenvergleich“ gingen *Corinna Kleinert* (Nürnberg) und *Marita Jacob* (Köln) der Frage nach, ob sich die Übergangsprobleme niedrig qualifizierter Schulabgänger im Hinblick auf den demografischen Wandel zukünftig verringern werden. Dazu untersuchten sie empirische Daten zum Zusammenspiel individueller Merkmale, zyklischer und struktureller Makrofaktoren hinsichtlich der Übergänge von der Schule in eine berufliche Ausbildung über einen Zeitraum von 30 Jahren. Die Übergangsprobleme der Hauptschüler, in geringerer Masse auch der Realschüler, haben im Zeitverlauf zugenommen – unabhängig von Konjunktur, Demographie und veränderter Kohortenzusammensetzung. Dies verweist auf den Tauschwertverlust mittlerer, vor allem aber unterer Schulabschlüsse. Aufgrund ihrer Analyse gingen Kleinert und Jacob davon aus, dass die Übergangsprobleme der Geringqualifizierten anhalten werden, auch wenn das Verhältnis von Angebot und Nachfrage im dualen System zukünftig quantitativ besser ausgeglichen sein wird.

Christian Ebners (Berlin) Beitrag „Unproblematische Erwerbseinstiege? Zur Kopplung von dualer Berufsausbildung und Arbeitsmarkt in Deutschland, Österreich, der Schweiz und Dänemark“ nahm das Cluster der Länder mit dualem Berufsbildungssystem näher unter die Lupe. Mittels einer vergleichenden quantitativen Untersuchung wurde der Grad der Kopplung zwischen Ausbildungssystem und Beschäftigungssystem in diesen vier Ländern untersucht. Als Indikatoren wurden (1) der

Verbleib im Beschäftigungssystem, (2) die Anzahl der Normalarbeitsverhältnisse und (3) die berufliche Passung verwendet. Die Daten verweisen auf eine deutlich stärkere Kopplung in Dänemark als in der deutschsprachigen Ländergruppe, was u.a. auf die größere berufliche Spezifität und Standardisierung in Dänemark sowie eine unterschiedliche Kostenaufteilung zwischen den beteiligten Akteuren zurückzuführen ist. Aufgrund dieser Ergebnisse plädiert Ebner dafür, von zwei Systemen dualer Bildung zu sprechen. Mit einem kurzen Rückblick auf die Tagung schloss das Organisationsteam *Regula Julia Leemann*, *Christian Imdorf* und *Uwe Bittlingmayer* die beiden inhaltlich spannenden und gehaltvollen Tage ab. Die Tagung erreichte eine in der Sektion bisher noch wenig vertretene Gruppe von Forschenden in der Berufsbildung und an außeruniversitären Institutionen und ermöglichte einen wissenschaftlichen Austausch über verschiedene Länder, theoretische Schulen und Organisationen hinweg.